Zeit unvermeidlich sein." — Auch heute hielten beide Häuser des Landtages Plenarsitzungen ab. Das **Herrenhaus** trat um 12 Uhr zu einer einstündigen Sitzung zusammen, in welcher einige Petitionen erledigt wurden und der Antrag Brüning-Frhr. v. Mirbach auf Gewährung von Freifahrtskarten auf den Staatsbahnen für die Mitglieder des Hauses mit großer Mehrheit zur Annahme gelangte. Morgen um 12 Uhr wird das Haus sich wiederholt mit der Novelle zum Pensionsgesetze zu befassen haben, außerdem über einige Berichte und Uebersichten berathen. — Der größte Theil der Sitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde durch die zweite Berathung des Beamtenrelictengesetzes in Anspruch genommen. So wichtig der Gegenstand an sich ist, vermochte doch die fast ausschließliche technische Behandlung nur bei einem Theil des Hauses lebhaftere Aufmerksamkeit zu erregen. Bezüglich der Frage, ob die Lehrer an Staatsanstalten auch unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen sollen oder nicht, nahm das Haus einen der Auffassung der Staatsregierung und den Beschlüssen des Herrenhauses entgegengesetzten Standpunkt ein; trotz der mehrfachen Versicherung des Finanzministers Bitter, daß schon in der nächsten Session eine Vorlage zur Regelung der Verhältnisse sämmtlicher Staats- und städtischer Lehrer an den Landtag gelangen werde, wurde § 24, welcher diese Regelung vorbehält, mit großer Mehrheit abgelehnt, so daß das Gesetz nochmals an das andere Haus zurückgehen muß. Das Haus trat dann in Berathung des Antrags des Abg. Dirichlet und Genossen auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung der Beschlagnahmeverordnung vom 2. März 1868. Der vorgeschlagene Gesetzentwurf lautet:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen rc. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, wie folgt:

Einziger Paragraph.

Der Absatz III des § 2 der Verordnung vom 2. März 1868 und vom 16. Februar 1869, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg, wird aufgehoben. An dessen Stelle tritt folgende Bestimmung:

„Aus den in Beschlag genommenen Objecten und deren Revenuen sind, mit Ausschließung der Rechnungslegung an die Erben des Königs Georg, die Kosten der Beschlagnahme und der Verwaltung zu bestreiten. Die hiernach sich ergebenden Ueberschüsse sind dem Vermögensbestande zuzuführen."

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1882 in Kraft."

Dem Antrage haben die Antragsteller folgende Anmerkung beigegeben: Absatz III des § 2 der Verordnung vom 2. März 1868 lautet gegenwärtig:

„Aus den in Beschlag genommenen Objecten und deren Revenuen sind, mit Ausschließung der Rechnungslegung an den König Georg, die Kosten der Beschlagnahme und der Verwaltung, sowie der Maßregeln zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg und seiner Agenten zu bestreiten. Verbleibende Ueberschüsse sind dem Vermögensstande zuzuführen."

Obiger Antrag bezweckt somit die Zurücknahme derjenigen Vollmacht, welche in den vorstehend gesperrt gedruckten Worten enthalten ist. Dazu hat Abg. v. Bennigsen mit 17 nationalliberalen Collegen folgende motivirte Tagesordnung eingebracht:

In der Erwartung,

„daß es nicht zu ferner Zeit die politischen Verhältnisse eine Aufhebung der königl. Verordnung vom 2. März 1868, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg, gestatten werden,

und in der Erwägung,

daß bis zu diesem Zeitpunkte eine Aenderung der gedachten Verordnung in einzelnen Punkten nicht angemessen erscheint,

in der Zwischenzeit aber die Verantwortlichkeit für die Verwaltung des sequestrirten Vermögens und für die Verwendung der Revenuen desselben der königl. Staatsregierung zu überlassen ist,

über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen."

Abg. Dirichlet: Es handelte sich, als das Gesetz über den Welfenfond erlassen wurde, um einen Kriegszustand, also um etwas Vorübergehendes. Es wurden die damals mit Beschlag belegten Revenuen von 400 000 bis 500 000 Thlr. zur Abwehr der Umtriebe des Königs Georg und zur Einschränkung der Agitationen zu Gunsten desselben benutzt. Wurde damals auch die Beschlagnahme von den verschiedenen Seiten des Hauses verschieden aufgefaßt, so kann meine Partei sich doch rühmen, daß sie damals Alles so vorausgesehen hat, wie es gekommen ist. Nachdem der Krieg von 1870 beendet, die Welfenlegion aufgelöst und der Jubel des silbernen Hochzeitsfestes verflogen war, da waren die Verhältnisse nicht mehr vorhanden, welche die Majorität dieses Hauses veranlaßt hatte, der Beschlagnahme zuzustimmen. Seit Kurzem ist nun in der Verwendung der Zinsen eine eigenthümliche Praxis eingetreten, die, wenn auch nicht eine anderweitige Rechnungslegung, so doch eine solche an dies Haus wünschen läßt. Ein bedeutender Theil wird zur Unterhaltung einer mehr oder weniger officiösen Presse verwandt, so daß sich der Ausdruck „Reptilienfond", welcher vom Fürsten Bismarck auf die Blätter angewendet wurde, die er mit diesen Feldern bis in die „äußersten Höhlen" verfolgen wollte, umgekehrt hat und nun auf die officiösen Organe angewendet wird. Von den diesbezüglichen Reden meiner Parteifreunde will ich absehen. Andere Parteien aber haben ebenfalls diesen Fond als einen Krebsschaden, ein Unwesen, welches das Denunciantenthum großzüchte und schärfer bekämpft werden müsse, als die Reblläuse, geschildert. Ferner wurde gesagt, daß sich Fürst Bismarck durch diese Verwendung compromittire. Die Herren sollten doch heut also dasselbe Bestreben haben, diese Verwendung zu bekämpfen, wenn sie auch im Augenblick vielleicht nur von kleinen Reptilien angegriffen werden, während die großen nach anderer Richtung wirken. Wir sind gegen die Dotation und die Beschlagnahme gewesen, haben aber kein Interesse daran, daß der Fonds aufgelöst werde, wir wollen nur einen unwürdigen Zustand beendigen, welcher zur Unehre des Vaterlandes gereicht — in diesem Sinne kann der Antrag auch nur als eine präparatorische Maßnahme angesehen werden. Die Verwendung kann unmöglich den Intentionen Sr. Majestät des Königs entsprechen, soweit sie sich auf die Verdächtigung der Königstreue einer ganzen Partei bezieht. Deshalb hat mich die Antwort Sr. Majestät auf die jüngste Geburtstagsgratulation der hiesigen Stadtverordneten mit lebhafter Freude erfüllt, worin ausgesprochen ist, daß die Königstreue mit politischer Opposition gegen die Regierung nichts zu thun habe. Also auch den allerhöchsten Intentionen entspricht die Verwendung nicht, und auch aus diesem Grunde ist es nöthig, dem gegenwärtigen Zustande baldthunlichst ein Ende zu machen.

Finanzminister Bitter: Ich constatire zunächst dem Vorredner gegenüber, daß der gegenwärtige Zustand auf dem Gesetz beruht und daher dem Lande und der Regierung nicht zur Unehre gereichen kann. Ich erkläre hiermit ferner im Namen der Regierung, daß dieselbe keinen Anlaß hat, dem vorliegenden Antrage zuzustimmen. Die Bestimmungen, betreffend die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg, müssen nach Ansicht der Regierung nach wie vor ihre Giltigkeit behalten, und die Regierung hofft, daß auch dieses hohe Haus dieselben in Kraft lassen wird.

Abg. v. Bennigsen führt aus, daß schon seit 1871 die Gründe für die Beschlagnahme hinfällig geworden seien; deshalb habe auch der hannoversche Provinziallandtag damals die Auszahlung der Zinsen an den Herzog v. Cumberland und gänzliche Aufhebung des Sequesters beantragt. Freilich existirten in Hannover noch Leute, welche eine Wiederherstellung der Verhältnisse von vor 1866 herbeisehnten und sogar erhofften, aber noch jedem Kriege dauerte es lange Zeit, ehe alle Gegensätze überwunden seien. Er hoffe, daß die Staatsregierung selbst eines Tages zur Einsicht gelangen werde, daß eine Aufrechterhaltung der Beschlagnahme nicht fortzusetzen sei, und glaube nicht, daß der Herzog v. Cumberland seine jetzige Lage am österreichischen Hofe, wo er in ziemlich beschränkten Verhältnissen lebe, mit der Rolle eines hannoverschen Kronprätendenten vertauschen wolle. Jedenfalls müsse aber aus den Zinsen des beschlagnahmten Vermögens auch alles Das verwaltet werden, was aus den beschlagnahmten Vermögensstücken des Königs Georg V. herstamme, so namentlich auch die Kunstschätze desselben, welche jetzt in Hannover in sehr schlechter Weise bewahrt würden.

Abg. Dr. Virchow: Als das Gesetz von 1868 hier berathen wurde, enthielt sich Hr. v. Bennigsen seines Votums; aus seinen heutigen Ausführungen habe ich eine Begründung dafür nicht vernommen, warum denn in der Zwischenzeit eine Abänderung des Gesetzes nicht statthaft sein sollte. Der Ausdruck „in nicht zu ferner Zeit" in Nr. 1 seiner Tagesordnung ist doch zu dehnbar und verclausulirt, als daß wir seine Ansicht ohne Weiteres für die richtige halten könnten. Bei der vermittelnden Thätigkeit befreundeter Fürstenhäuser kann ich mir nichts Besonderes versprechen, indeß mag Hr. v. Bennigsen auf diesem Gebiete mehr zu Hause sein. Die neueren Ereignisse, die dänische Heirath, die Einladung des Herzogs v. Cumberland nach St. Petersburg, deuten eher auf einen Einfluß von weniger befreundeten Fürstenhäusern hin. Um hier einmal Wandel zu schaffen, schlagen wir Ihnen mit unserm Entwurfe den ersten vorbereitenden Schritt vor, wie wir es schon in jener ersten Commissionsberathung von 1868 gethan haben, wo selbst Hr. v. Kardorff die Befürchtung nicht unterdrücken konnte, daß die im Gesetz geplante Verwendung zu einem ausgebildeten Spionirsystem führen möchte. Die Frage, in welcher Weise die Regierung den Fonds nach Abzug der Verwaltungskosten verwende, ist von der Regierung niemals, auch nur andeutungsweise beantwortet worden; nur bei der Berathung des Gesetzes hat der Ministerpräsident eine große Menge von Auszügen aus den Berichten seiner Agenten vorgelesen. Inzwischen ist die Klage, daß dieser Fonds zu einer immer steigenden Corruption der Presse Verwendung finde, immer allgemeiner geworden, und erst vor Kurzem ist unwidersprochen durch die Presse die Nachricht gegangen, daß in Straßburg von Regierungs wegen eine Persönlichkeit mit 24 000 Mk. Gehalt aus diesem Fonds zur Bearbeitung der Preßangelegenheiten angestellt sei. Auch die Bestreitung der Kosten für die conservativen Berliner Wahlfeste lassen sich doch nicht allein auf den Patriotismus eines Kaufmanns zurückführen, der ja freilich einer Ordensauszeichnung für würdig befunden worden ist. Eine Majorität scheint allerdings für unsern Antrag nicht erreichbar zu sein, nach den Erklärungen des Vorredners.

Abg. Dr. Windthorst hätte gewünscht, daß dem Hause diese Debatte erspart worden wäre, da sie doch zu nichts führen könne. Er habe stets die Berechtigung der Beschlagnahme geleugnet und stehe heute noch auf demselben Standpunkte. Noch viel weniger sei die Fortdauer der Einbehaltung der Revenuen zu rechtfertigen. Irgend ein Anlaß, zu einer Abwehr irgend welcher Maßregeln Behufs zu nehmen, liegt nicht mehr vor. In dem Vertrage stehe mit klaren, dürren Worten ausgesprochen, daß von einem Verzicht keine Rede sei, daß auch Herrenhausen herausgegeben sei, wenn der Verzicht auf die Krone ausgesprochen wäre. De jure sollte man sich endlich entschließen, den Vertrag von 1868 zu erfüllen. Die politischen Gründe dafür habe Hr. v. Bennigsen im Ganzen sehr treffend dargelegt. Am ehesten würden dadurch die Wünsche der Abgg. Dirichlet und Virchow in Erfüllung gehen. Er (Redner) stelle aber einen solchen Antrag auf Aushändigung der Revenuen an die Erben nicht, weil eine Aussicht, ihn durchzubringen, nicht vorhanden sei. Eine theilweise Aenderung des Gesetzes habe aber nach seiner Ansicht noch weniger Chancen, und er könne daher dem Antrage Dirichlet nicht beitreten. Auch sei er sicher, daß nach Annahme des Antrages Alles beim Alten bleiben würde, wie schon der Abg. v. Bennigsen ausgeführt habe. Die gegenwärtige Verwendung der Gelder vermöge er natürlich auch nicht zu billigen; die Zeit, darüber zu sprechen, werde ja kommen. Das Einverständniß der Hannoveraner werde hoffentlich der Regierung ein Fingerzeig für ihr zukünftiges Verhalten in der Angelegenheit sein. Die Museumsfrage sei doch nicht ganz unbedenklich; sobald die Einigung mit Sr. königl. Hoheit dem Herzog v. Cumberland perfect sei, würden die Gemälde und Sculpturen doch wieder zu seiner alleinigen Disposition und das neu erbaute Haus leer stehen. Das Centrum müsse daher einfach gegen den Antrag Dirichlet stimmen.

Abg. v. Rauchhaupt bringt einen Antrag auf einfache Tagesordnung ein, über welchen vorweg zur Abstimmung geschritten werden muß, nachdem je ein Redner dafür und dagegen gesprochen hat.

Abg. v. Rauchhaupt: Meine Fraction hat sich absichtlich nicht an der Debatte betheiligt, weil sie die Begründung des Abg. Dirichlet der Widerlegung nicht für werth hielt. Hr. v. Bennigsen und Hr. Windthorst allein haben die Frage erst auf den staatsrechtlichen Standpunkt erhoben. Man kann der Angelegenheit nur schaden, wenn man sie immer wieder zurückführt in den Schmutz des Reptilienfonds.

Abg. Richter (Hagen): Gerade der Abg. Windthorst bringt doch so häufig selbst Gesetze ein, wie seine beiden kirchenpolitischen Vorschläge, die gar keine Aussicht auf eine Majorität haben. Allein die interessante Rede des Abg. v. Bennigsen ist Veranlassung genug, die Sache hier zur Sprache zu bringen. Wenn die Herren aus Hannover alle für Aufhebung des Welfenfonds sind, so mögen sie doch einen diesbezüglichen Antrag stellen, sie werden gewiß die Zustimmung Aller finden, welche nicht nach dem königl. Erlaß sich für verpflichtet erachten, für die Regierung zu stimmen. Wenn alle Hannoveraner zustimmen, so brauchen Sie die Conservativen nicht. Wenn die Regierung erklärte, daß sie aus dem Fond nur die Verwaltungskosten nehme, so wäre unser Antrag hinfällig, aber es herrscht hier ein Mißbrauch einer gesetzlichen Vollmacht. Wir müssen die Frage immer in den Schmutz des Reptilienfonds ziehen, weil wir letzteren los sein wollen. Ich kann nur glauben, daß die Herren von der Rechten den Fond zu ihren Parteizwecken nicht entbehren können. So lange eine solche Verwendung besteht, muß man glauben, daß der Schmutz des Reptilienfonds mit die Unterlage der Partei bildet. Wir werden damit aber bei der jetzigen Richtung der Regierung nicht aufhören, es wird nicht anders werden, als bis die Regierung sich entschließt, mehr nach dem Willen des Volks zu regieren.

Darauf wird der Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung mit großer Majorität angenommen. Um 4 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag.

München, 29. März. (A. Z.) In der heutigen Sitzung der **Kammer der Abgeordneten** legte, die Berathung des Cultusetats einleitend, der Referent, Dr. Rittler, zunächst dar, daß die Majorität des Hauses die entgegenkommenden Erklärungen der Staatsregierung acceptire, aber nur in der Hoffnung, daß weitere Schritte folgen und allmählich die im letzten Jahrzehnt verdrängten Grundsätze wieder zur Geltung kommen werden. Principiell habe sich in der Stellung der Mehrheit nichts geändert. Sie führe aber den Kampf nur, um zum Frieden zu gelangen. Abg. v. Schlör erwidert gegenüber der vom Vorredner betonten Forderung, das Placet aufzuheben: das Volk habe für solche Fragen kein Verständniß und werde sich allmählich mehr klar, daß in Bayern ein Culturkampf nicht vorhanden sei und nicht kommen werde. Weder die jetzige, noch eine andere Regierung werde vom Placet abkommen, denn die Aufhebung desselben bedeute doch nur, daß sich der Staat der Herrschaft einer einzelnen Kirchengesellschaft unterordnet. Abg. Schels erinnert an die vielen energischen oppositionellen Reden der Rechten: hier sei ihr, wie noch niemals, eine Gelegenheit gegeben, eine That zu thun. Alle Klagen und Beschwerden gegen das Ministerium Lutz beständen fort, bezüglich der Kirchenpolitik, der Schulfrage und der Selbstständigkeit Bayerns; da müsse man die energischsten Mittel der Opposition anwenden. Er beantrage daher 1) den ganzen Cultusetat zu streichen und für die klagbaren Summen einen Reservefond zu bewilligen: eventuell 2) einen Antrag an die Krone zu beschließen, in welchem gebeten werde, das Cultusministerium aufzuheben und dessen Geschäfte an die Ministerien der Justiz und des Innern zu vertheilen. Cultusminister v. Lutz bemerkt dem letztern Redner gegenüber: er müsse zweifeln, ob der Antrag auch nach seiner Annahme einen Erfolg haben werde; dem Referenten gegenüber äußerte der Minister: wenn dessen Friedensbedingungen einmal eingetreten wären, so würde Bayern den Frieden erst recht nicht haben. Redner könne für sich irgendwelche Modificationen seiner bisherigen Anschauungen auf kirchenstaatsrechtlichem Gebiete nicht in Aussicht stellen, aber das sei nicht ausgeschlossen, daß auf dem thatsächlichen Gebiete eine Vermittelung der verschiedenen Standpunkte gehandhabt werde. Seine (des Redners) Zugeständnisse zielten auf einen solchen modus vivendi ab, aber er bitte nicht zu vergessen: er wäre dann nicht möglich, wenn der Friede nur auf einer Seite gehandhabt, auf der andern aber der Krieg fortgeführt werde. An der weitern Debatte betheiligten sich die Abgg. Frickhinger, Frhr. v. Hafenbrädl, Strauß, Hahn, Lukas und Dr. Daller. Die Generaldebatte wird hierauf geschlossen. Im Schlußwort erklärt der Referent, den Antrag Schels nicht als eine That, sondern, da dessen Erfolglosigkeit heute schon feststehe, nur als einen Schlag ins Wasser betrachten zu können. Die Specialdebatte wird auf morgen vertagt.

—y. **Wien**, 29. März. Der **Großfürst Wladimir** und dessen Gemahlin haben heute Wien verlassen, um sich zunächst nach Rom und von dort nach Palermo zu begeben, während der Vater der Großfürstin, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, heute Abends die Rückreise nach Schwerin angetreten hat. Das großfürstliche Paar war hier fortgesetzt Gegenstand sympathischer Aufmerksamkeit sowohl seiten des Hofes und der officiellen Kreise als auch seiten des Publicums. Die Presse erblickt hierin, nicht mit Unrecht, ein Symptom der ungetrübten Beziehungen zwischen Wien und St. Petersburg und glaubt auch diesem Umstande die Wandlung zuschreiben zu müssen, die sich seit einigen Tagen in den Spalten der russischen Blätter und ihrer serbisch-montenegrinischen Ableger bemerkbar macht. — Wie schon seit mehreren Jahren, so wird auch heuer Se. Majestät der **Kaiser** eine längere **Reise** in die Kronländer unternehmen, und zwar sollen diesmal die illyrischen Länder das Ziel derselben bilden. Zunächst dürfte der Monarch die in Triest zur Feier der 500jährigen Vereinigung dieser Stadt mit Oesterreich veranstaltete Landesausstellung besuchen und von dort aus eine Rundreise durch Kärnthen und Krain unternehmen. Der Zeitpunkt dieser Reise soll binnen Kurzem endgiltig festgestellt werden. — Die Conférence à quatre hat ihre Verhandlungen meritorisch zum Abschlusse gebracht, nachdem bezüglich aller im Wege der internationalen Vereinbarung zu regelnden Punkte eine Verständigung erzielt worden ist. Es erübrigt nur noch die Vereinbarung mit der Betriebsgesellschaft der Orientbahnen, dann über die von der Pforte gewünschte Verbindung von Jamboli mit der Linie Rustschuk-Varna, worauf die Conferenz behufs Unterfertigung des Vertrages ihre Schlußsitzung abhalten wird. — In den ersten Tagen der nächsten Woche werden die ungarischen Minister hier eintreffen, um an der endgiltigen Feststellung der den Delegationen zu unterbreitenden Vorlagen theilzunehmen. Man glaubt allgemein, daß die Session kaum von längerer als höchstens 10tägiger Dauer sein werde, da die Ansprüche der Kriegsverwaltung sich nur auf das Nothwendigste beschränken und die beiderseitigen Delegirten schon in der abgelaufenen Session die Bereitwilligkeit ausgesprochen haben, allfällig nothwendig werdende Mehrforderungen zur völligen Pacificirung der insurgirten Districte, anstandslos zu bewilligen.

Buda-Pest, 29. März. (Tel.) In der heutigen Sitzung des **Abgeordnetenhauses** schilderte bei der Verhandlung der Vorlage über die zwischen Fiume und den westeuropäischen Häfen zu erhaltende Dampfschifffahrtsverbindung der Referent Barosz die Vortheile, welche der Regierung wie der Schifffahrtsgesellschaft „Adria" aus dem Vertrage erwachsen. Orban findet es sonderbar, daß die österreichisch-ungarische Monarchie jährlich an 2½ Millionen Subvention an Dampfschifffahrtsgesellschaften zahlt, während die Dampfercompagnien der ganzen Welt aus freien Stücken die entferntesten Häfen aufsuchen, nur um Geschäfte zu machen. Trotzdem hätte er gegen die Vorlage nichts einzuwenden gehabt, wenn mit der Subvention von 150 000 Fl. ein patriotisches Unternehmen unterstützt würde. Die „Adria" sei jedoch eine fremde Erwerbsgenossenschaft. L. Csernatony führte dem gegenüber aus, daß die „Adria" Fiume und dem Seehandel des Landes die ersprießlichsten Dienste geleistet habe. Fiume und Ungarn lieben sich erst, seitdem die „Adria" unsern Import und Export vermittelt. Schließlich wurde der Gesetzentwurf angenommen.

Agram, 29. März. (Tel.) In der heutigen Sitzung des kroatischen **Landtags** beantwortete Derencin die jüngste Interpellation Starcsevics' wegen der Suspendirung jener 6 Advocaten, welche das Manifest der Rechtspartei unterzeichneten, dahin, daß die Regierung die diesbezügliche Entscheidung der Banaltafel nicht beeinflußt habe; sie habe dieselbe blos auf das Factum aufmerksam gemacht. Die Antwort wird vom Hause zur Kenntniß genommen.

¼ **Paris**, 28. März. Im **Senat** stand heute die Debatte über den französisch-italienischen Handels-

---

Inga Svendson.

Novelle von Otto Roquette.

(Fortsetzung.)

Das Personal der Curkapelle hatte sich im Orchester versammelt, um die Zwischenacte mit Musik auszufüllen. „Betrachten Sie dort, Frau Gräfin, den hübschen Jungen, der die erste Violine spielt!" begann der Legationsrath zu seiner Nachbarin. „Er wendet uns sein Gesicht zu; das Notenblatt braucht er gar nicht mehr für das leichte Zeug, das er spielen muß. Sollte man wirklich glauben, daß dieses junge Blut —"

„Er scheint mit Jemand auf der Galerie zu coquettiren!" sagte die Gräfin.

Ihr Gemahl richtete die Blicke hinauf. „Die Blondine ist richtig oben!" so bestätigte er.

Aber noch ein Anderer hatte die Nachricht vernommen. Baron Mühlich fuhr mit dem Operngloser hastig in die Höhe, nicht ohne daß die Uebrigen die rasche Bewegung bemerkten. Kaum war der Vorhang des ersten Actes gefallen, so verließ er schweigend den Saal. „Er geht auf die Galerie!" sagte Graf Spach und bewirkte damit, daß die Augen der Umgebung den Dahinschreitenden mit verschiedenartigem Ausdruck folgten.

Ein leichtes Lustspiel, gut gegeben, ging unter allgemeiner Belustigung vorüber, und die Gesellschaft verabschiedete sich, um sich gruppenweise in einigen Hotels wiederzufinden.

Aus einer Seitenpforte des Cursaalgebäudes drängte das Publicum der Galerie: Kammerzofen und Dienerschaft der fremden Familien, zumeist doch die Kinder des Städtchens. Unter ihnen beeilte sich das blonde junge Mädchen, ins Freie zu gelangen, und flog auf den jungen Geiger zu, der ihrer draußen bereits harrte. „Gott sei Dank, daß Du da bist!" rief sie. „Ein Fremder belästigt mich fortwährend! Machen wir, daß wir fortkommen!"

„Wer hat sich unterstanden? Wer? Wo ist er?" rief der Jüngling mit flammenden Augen.

„Laß ihn nur!" entgegnete das Mädchen. „Ich habe mich oben unter die kleinen Buben gedrängt, als ich ihn bemerkte, so daß ich eine Art von Schutzmauer um mich hatte und seine Worte nicht mehr hörte!"

„Er soll sich unterstehen, Dir mit Nichtachtung zu begegnen! Wo ist der Mensch, daß ich ihm sofort —"

„Ich sehe ihn nicht mehr. Es ist gut so. Komm, Rolf, ich bitte Dich, komm!" Sie nahm seinen Arm und nöthigte den zornig Drohenden in die dunkleren Parkanlagen. „Vergessen wir die Thorheit der Menschen!" fuhr sie fort. „Ich hätte Dich gar nicht damit aufregen sollen! Jetzt sind wir ja wieder beisammen und wollen die Stunden, die uns gehören, genießen! Komm, zu unserm Bänkchen am Wasser!"

Die Luft war jetzt in der Abendstunde köstlich abgekühlt, dazu gewürzt durch die Blumendüfte, die von den Beeten aufstiegen. Das junge Paar wählte einen Platz unter Buchen am Flusse, in welchem sich die Häupter der Berge und die zahllosen Lichter aus den Villen und Prachtgebäuden des gegenüberliegenden Ufers spiegelten. „Ja, Du hast Recht, Inga!" begann Rolf, indem er den Hut ablegte und die Stirn kühlte; „das ist Erquickung nach des Tages Gluth und auch nach des Tages Arbeit! Frühmorgens den Bogen schwingen, Nachmittags geigen, Abends wieder im Theater fiedeln! Und dazwischen Proben und fortwährendes Ueben! Denn was sie mir da Neues vorlegen, ist oft gar nicht leicht zu spielen, und ich fühle recht sehr, daß ich trotz aller meiner Feuerwerkerei auf der Geige noch ein Anfänger bin!"

„Es ist mir lieb für Dich und auch für mich," entgegnete Inga, „daß die Saison in einigen Tagen zu Ende geht!"

„Aber sage mir doch," begann Rolf plötzlich, „— ich wollte Dich schon gestern fragen, vergaß es aber wieder —, warum trägst Du Dein altes schwarzes Reisekleid? Du hast ja doch den schönen neuen Anzug!"

„Lieber Rolf", entgegnete das Mädchen mit demüthigem Tone, „ich werde den schönen Anzug nicht mehr tragen! Du weißt, er war nicht nach meinem Sinn, er war zu glänzend, zu kostbar und modisch. Aber Du schenktest ihn mir, selbst beglückt über Deine gute Einnahme hier; Du wolltest mich geschmückt sehen, und so legte ich die schönen Kleider an. Nur Dir zu Liebe, weil Du es wünschtest. Aber Du dachtest nicht, und leider dachte ich es auch nicht, daß ich darin auffallen, die Blicke der Leute herausfordern würde. Mir ist Unangenehmes in diesem Anzuge begegnet, ich gerieth in eine wahre Angst, und so — wollte ich ihn selbst nicht mehr sehen. Verzeih' mir, Rolf — ich habe das bunte Zeug nicht mehr! Ich gab es unserer Wirthin zum Verkauf. Sie hat es weggetragen und mir das darüber gelöste Geld gebracht. Es ist freilich nicht halb so viel, als Du dafür ausgegeben. Bist Du mir böse?"

„Was mich dabei allein ärgert, ist, daß Dir Unangenehmes in dem Lappenwerk begegnet ist!" sagte Rolf. „Wahrhaftig, es ist hier mehr Pack beisammen, als man glauben sollte von einem Orte, zu dem die Leute kommen, um ihre Gesundheit herzustellen! Auch mir ist es recht, bald zu einem Aufenthalt zu gelangen, wo ich etwas lernen kann, anstatt für die bloße Unterhaltung geputzter Müßiggänger zu sorgen!"

„Und dazu werden wir den Zuwachs zum Reisegelde brauchen können, den ich für den Fitter gelöst habe!" sagte Inga. „Die Kasse wird ohnedieß knapp genug bestellt sein!"

„Ei was!" rief Rolf in plötzlich erwachendem Leichtsinn, „wenn das Reisegeld ausgeht, dann ziehen wir als lustige Vagabunden umher, und ich spiele uns auf der Geige von Ort zu Ort weiter!"

„Rolf!" unterbrach ihn das Mädchen in vorwurfsvollem Tone.

„Eine Fußwanderung machte ich gar zu gern einmal wieder!" fuhr er fort. „Ja, wenn es wieder so eine sein könnte wie die köstlichen Tage im vergangenen Frühling!" Inga seufzte. Rolf bemerkte es nicht und fuhr fort: „Es war doch eine lustige und poetische Zeit! Wie da der Unbekannte zu uns stieß, unser Naturforscher; wie er uns begleitete, mit uns fröhlich war; ach, einen so prächtigen Menschen finde ich nicht wieder! Dir gefiel er auch, gelt? Wenn ich ihm doch wieder begegnete! Der Abschied war so plötzlich, so schnell, so kurz, von einem Wiedersehen gar nicht die Rede! Aber unsere Wanderzeit zu Dreien im hellen blühenden Frühling werde ich nie vergessen!"

Dies Mal vernahm der glückliche Sprecher den